

Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)



- Eingangsstempel -

Die Leistungen werden beantragt ab dem _____

Bitte dazugehöriges Merkblatt sorgfältig durchlesen.

Antrag und Fragebogen deutlich lesbar ausfüllen und unterschreiben. Bitte **alle Fragen** mit ja oder nein **beantworten**, bzw. Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen. Falls eine der erforderlichen Angaben nicht gemacht werden kann, ist „**unbekannt**“ einzutragen. In **Zweifelsfällen** oder bei **Fragen** ist Ihnen die zuständige Unterhaltsvorschussstelle gerne behilflich. Die von Ihnen erbetenen Angaben sind für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich. Wer Unterhaltsvorschussleistungen beantragt ist verpflichtet, alle Auskünfte die zur Durchführung des UVG erforderlich sind zu erteilen und an der Feststellung der Vaterschaft und des Aufenthalts des anderen Elternteils mitzuwirken (§ 1 Abs. 3 UVG) sowie die verlangten Nachweise vorzulegen (§ 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I). Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (UVG) und des Sozialgesetzbuchs erhoben.

1 Die Leistungen werden beantragt für das Kind		► Geburts- bzw. Abstammungsurkunde oder Familienbuchauszug beifügen	
a	Familienname	Ggf. abweichender Geburtsname	
	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)	Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
	Geburtsdatum	Geburtsort (Gemeinde)	Staatsangehörigkeit
	Straße, Hausnummer		PLZ, Wohnort ► Meldebestätigung beifügen
b	Das Kind lebt seit _____		
	<input type="checkbox"/> bei seiner Mutter <input type="checkbox"/> in einem Heim/Internat <input type="checkbox"/> bei _____ <input type="checkbox"/> bei seinem Vater <input type="checkbox"/> in einer Pflegestelle <input type="checkbox"/> tagsüber <input type="checkbox"/> Tag u. Nacht		
		Bei Zuzug: vorherige Anschrift des Kindes dort wohnhaft bis:	
c	Wird das Kind regelmäßig auch vom anderen Elternteil betreut?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte wöchentliche Betreuungszeit angeben),		
d	Bei Kindern mit ausländischer oder ohne Staatsangehörigkeit:		
	Das Kind lebt im Bundesgebiet seit _____		
	Eine Niederlassungserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____		
	Eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ ► Nachweis beifügen		
			Sonstige Aufenthaltserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ Art:
e	Falls Spätaussiedler/in: Anerkennung beantragt am _____ bei _____		
	► Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG stets beifügen; sofern noch nicht erteilt: Registrarschein oder Aufnahmebescheid		

2 Gesetzlicher Vertreter des Kindes ist		(► Sorgeerklärung oder Gerichtsentscheidung beifügen)
<input type="checkbox"/> die Mutter <input type="checkbox"/> der Vater <input type="checkbox"/> die Eltern gemeinsam <div style="text-align: center;">Name, Anschrift</div>		
<input type="checkbox"/> der Vormund		

3 Bei Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind oder waren	
a	<input type="checkbox"/> Die Vaterschaft wurde anerkannt oder festgestellt mit Urkunde oder Urteil vom _____ <small>Gericht, Behörde, Aktenzeichen</small> ▶ Urkunde oder Urteil beifügen
b	<input type="checkbox"/> Ein Vaterschaftsfeststellungsverfahren läuft bei _____ <small>Gericht, Behörde, Aktenzeichen</small>
c	<input type="checkbox"/> Vaterschaft ist nicht feststellbar, weil _____
d	<input type="checkbox"/> Beistandschaft besteht bei _____ <small>Behörde, Aktenzeichen</small>

4 Für das Kind wird gezahlt	
a	Kindergeld <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt
b	eine andere kindergeldähnliche Leistung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt bei _____
c	Das Kindergeld/Die kindergeldähnliche Leistung erhält <input type="checkbox"/> der Elternteil, bei dem das Kind lebt <input type="checkbox"/> der Elternteil, bei dem das Kind <u>n i c h t</u> lebt
	<input type="checkbox"/> ein Dritter, nämlich _____ <small>Name, Anschrift</small>

5 Für das Kind wurden bereits Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt oder beantragt	
a	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, vom _____ Jugendamt _____ für die Zeit vom _____ bis _____ <small>▶ Bewilligungs-/Einstellungsbescheid beifügen</small> _____ Jugendamt _____ für die Zeit vom _____ bis _____ _____ Jugendamt _____ für die Zeit vom _____ bis _____
b	Wurde bereits ein Antrag auf Unterhaltsvorschussleistungen gestellt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, beim _____ Jugendamt _____ am _____ Dieser Antrag wurde <input type="checkbox"/> zurückgenommen <input type="checkbox"/> noch nicht verbeschieden <input type="checkbox"/> abgelehnt.

6 Das Kind erhält ▶ Nachweis beifügen	
a	Leistungen nach dem SGB II <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt _____ Jobcenter <small>Name, Anschrift, Aktenzeichen</small>
b	Sozialhilfe nach dem SGB XII <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt _____ Sozialamt / Amt für Soziales
c	Leistungen der Jugendhilfe <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt _____ Jugendamt
d	Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz oder sonstige Leistungen zur Deckung des Unterhalts <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt _____ Zuständige Stelle

7 Ein Eltern- oder Stiefelternteil ist verstorben	
a	Sterbedatum: _____ ▶ Sterbeurkunde beifügen
b	Das Kind erhält Waisenbezüge aus der Versicherung des verstorbenen Eltern- bzw. Stiefelternteils oder Schadenersatzleistungen ▶ Nachweis beifügen
	<input type="checkbox"/> ja, von _____ Rentenversicherungsträger _____ in Höhe von monatlich _____ € seit _____ <input type="checkbox"/> Einmalige Abfindung in Höhe von _____ € für die Zeit vom _____ bis _____
c	<input type="checkbox"/> nein, Antrag wurde abgelehnt. ▶ Bescheid beifügen
d	<input type="checkbox"/> Derartige Leistung wurde bei _____ beantragt, aber noch kein Bescheid erteilt.

8 Elternteil, bei dem das Kind lebt	
a	Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname) Ggf. abweichender Geburtsname
	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)
	Geburtsdatum Geburtsort (Gemeinde) Staatsangehörigkeit
	Straße, Hausnummer ▶ Meldebestätigung beifügen
	PLZ, Wohnort Telefon/Handy
b	<p>Falls Elternteil mit ausländischer oder ohne Staatsangehörigkeit:</p> <p>Der Elternteil lebt im Bundesgebiet seit _____</p> <p>Eine Niederlassungserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____</p> <p>Eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ ▶ Nachweis beifügen</p> <p>Falls eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde:</p> <p>Als Saisonarbeiter/in oder Werkvertragsarbeiter/in tätig? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja</p> <p>Als Arbeitnehmer/in zur vorübergehenden Dienstleistung vom im Ausland ansässigen Arbeitgeber nach Deutschland entsandt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja</p> <p>Sonstige Aufenthaltserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ Art: _____</p>
c	Als Angehörige/r der NATO-Streitkräfte oder des zivilen Gefolges im Bundesgebiet stationiert? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
d	Falls Spätaussiedler/in: Anerkennung beantragt am _____ bei _____ ▶ Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG stets beifügen; sofern noch nicht erteilt: Registrarschein oder Aufnahmebescheid
e	<p>Familienstand <input type="checkbox"/> ledig</p> <p>seit _____ <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammen lebend</p> <p>seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet ▶ Scheidungsurteil, Sterbeurkunde, sonstige Nachweise beifügen</p> <p><input type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend vom</p> <p><input type="checkbox"/> Ehegatten <input type="checkbox"/> anderen Elternteil <input type="checkbox"/> eingetragenen Lebenspartner Name, Vorname, Geburtsdatum _____</p> <p><input type="checkbox"/> Antrag auf <input type="checkbox"/> Ehescheidung <input type="checkbox"/> Auflösung der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde gestellt bei: Gericht, Az. _____ Bevollmächtigter Rechtsanwalt _____</p> <p><input type="checkbox"/> weil dieser für voraussichtlich mindestens 6 Monate in einer Anstalt lebt. Grund _____ Name, Anschrift der Anstalt/des Krankenhauses _____</p> <p><input type="checkbox"/> Krankenhausaufenthalt <input type="checkbox"/> Inhaftierung _____</p> <p><input type="checkbox"/> sonstiger Grund: _____</p>
f	<p>Lohnsteuerklasse</p> <p>Sind Sie zur Lohnsteuer veranlagt? <input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> II <input type="checkbox"/> III <input type="checkbox"/> IV <input type="checkbox"/> V <input type="checkbox"/> VI</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, bitte kreuzen Sie an, welche Steuerklasse besteht:</p>

Die Nummer 9 ist nur auszufüllen für Kinder zwischen 12 und 17 Jahren, wenn für das Kind Leistungen nach dem SGB II bezogen werden (vgl. Angaben bei Nummer 6)

9 Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, erhält

- a**
- Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld).
▶ Zuletzt bekanntgegebenen SGB II-Bescheid beifügen
 - Falls noch keine Leistungen nach dem SGB II bezogen werden:
Wurden Leistungen nach dem SGB II beim Jobcenter beantragt?
 - ja ▶ Name, Anschrift des Jobcenters sowie - soweit bekannt - das Aktenzeichen angeben
 - nein

Buchstabe b und c sind nur auszufüllen, wenn vom Elternteil keine Leistungen nach dem SGB II bezogen werden oder beantragt sind:

- b**
- sonstige Sozialleistungen
 - ▶ Name, Anschrift der zuständigen Stelle sowie – soweit bekannt – das Aktenzeichen angeben und Nachweise beifügen

- c**
- eigene Einkünfte (z.B. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung)
 - Hinweis:**
Es wird empfohlen, sich bei der Unterhaltsvorschussstelle zu informieren, welche Nachweise beizubringen sind.

Die Nummern 10 und 11 sind nur auszufüllen, wenn das Kind zwischen 15 und 17 Jahre alt ist

10 Das Kind besucht eine allgemeinbildende Schule (siehe Erläuterungen am Antragsende)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> nein | ▶ Nummer 11 ausfüllen |
| <input type="checkbox"/> ja, das Abschlusszeugnis wird voraussichtlich erteilt im _____(Monat) _____(Jahr) | ▶ Nummer 11 ist <u>nicht</u> auszufüllen
▶ Schulbescheinigung beifügen |

11 Das Kind besucht keine allgemeinbildende Schule und erzielt bzw. erhält

- a**
- eine Ausbildungsvergütung (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) ▶ Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers und vollständigen Ausbildungsvertrag beifügen
- b**
- sonstige Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (z.B. Arbeitslohn, Minijob) ▶ Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers und Arbeitsvertrag beifügen
- c**
- Sonstige Einkünfte aus selbständiger Arbeit Gewerbebetrieb
 - Land- und Forstwirtschaft Kapitalvermögen
 - Vermietung und Verpachtung ▶ Nachweis beifügen
 - Hinweis:**
Es wird empfohlen sich bei der Unterhaltsvorschussstelle zu informieren, welche Nachweise beizubringen sind.

d	<input type="checkbox"/> keine Einkünfte.
	Ist eine Ausbildung für das Kind geplant?
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, voraussichtlicher Ausbildungsbeginn: _____(Monat)_____ (Jahr)

12 Weitere gemeinsame Kinder mit dem Elternteil, bei dem das Kind n i c h t lebt		
Name, Vorname	Geburtsdatum	Anschrift

13 Elternteil, bei dem das Kind n i c h t lebt		
Zusätzlich zu den Angaben unter Nummer 13 ist der nach Nummer 17 folgende Fragebogen vollständig auszufüllen sowie entsprechende Nachweise beizufügen.		
a	Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname) Ggf. abweichender Geburtsname	
	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)	
	Geburtsdatum Geburtsort (Gemeinde) Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer	
	PLZ, Wohnort Telefon/Handy	
b	Familienstand <input type="checkbox"/> ledig seit _____ <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammen lebend seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet	
	c Als Angehörige/r der NATO-Streitkräfte oder des zivilen Gefolges im Bundesgebiet stationiert? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	

14 Monatliche Unterhaltszahlungen des Elternteils, bei dem das Kind n i c h t lebt				
a	Das Kind erhält von dem Elternteil, bei dem es n i c h t lebt			
	<input type="checkbox"/> keinen Unterhalt seit _____ weil _____	am _____	am _____	am _____
b	<input type="checkbox"/> unregelmäßig Unterhalt _____	am _____	am _____	am _____
	Höhe der Zahlung _____ €	_____ €	_____ €	_____ €
c	<input type="checkbox"/> regelmäßig Unterhalt seit _____ in Höhe von mtl. _____ €			
d	<input type="checkbox"/> Vorauszahlungen wurden geleistet i. H. v. _____ € für die Zeit vom _____ bis _____			
e	<input type="checkbox"/> Auf Unterhaltszahlungen wurde verzichtet für die Zeit vom _____ bis _____			
	<input type="checkbox"/> Der andere Elternteil wurde von der Unterhaltspflicht freigestellt für die Zeit vom _____ bis _____			
	Grund: <input type="checkbox"/> gerichtlicher Vergleich <input type="checkbox"/> außergerichtliche Vereinbarung ▶ Nachweis beifügen			

15 Der Elternteil, bei dem das Kind n i c h t lebt, wurde durch Gerichtsurteil, -beschluss oder -vergleich oder durch sonstige Urkunde zur Zahlung von Unterhalt an das Kind verpflichtet	
a	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja ▶ Nachweis beifügen
b	Antrag auf gerichtliche Festsetzung des Unterhalts gegen diesen Elternteil wurde erhoben
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, <input type="checkbox"/> bei Gericht <input type="checkbox"/> durch den bevollmächtigten Rechtsanwalt <input type="checkbox"/> durch den Beistand Anschrift, Az. _____

Falls Unterhaltsvorschussleistungen rückwirkend beantragt werden:

16 Wurden für das Kind vor der Antragstellung Bemühungen um Unterhaltszahlungen des Elternteils, bei dem es <u>nicht</u> lebt, vorgenommen?	
<input type="checkbox"/> nein, weil _____	
<input type="checkbox"/> ja, am _____	► Nachweis beifügen
Art der durchgeführten Maßnahme(n):	
<input type="checkbox"/> Zahlungsaufforderung durch _____	
<input type="checkbox"/> Titel beantragt _____	
<input type="checkbox"/> Pfändung _____	
<input type="checkbox"/> Anzeige wegen Unterhaltspflichtverletzung _____	
<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____	

17 Die Unterhaltsvorschussleistungen sollen auf folgendes Konto überwiesen werden	
IBAN (z.B. DE19 1234 1234 1234 1234 12)	
BIC	
Geldinstitut und Ort	Name der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers
Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Unterhaltsvorschussstelle vorgenannte Bankverbindung dem Unterhaltspflichtigen zu gegebener Zeit zum Zwecke der Begleichung des laufenden Unterhalts mitteilen darf.	
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Selbständige Tätigkeit/Gewerbebetrieb der/des Unterhaltspflichtigen in den letzten drei Jahren					
Name und Anschrift der derzeitigen Firma					
Die Firma existiert seit					
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen					€
Ist die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Weitere oder frühere Firmen?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Die Firma	Name, Anschrift				
existierte von		bis	<input type="checkbox"/> laufend		
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen					€
War die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Die Firma	Name, Anschrift				
existierte von		bis	<input type="checkbox"/> laufend		
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen					€
War die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			

Sonstige Einkommen der/des Unterhaltspflichtigen					
Nebenverdienst als		bei Firma		mtl.	€
Einkommen aus Kapitalvermögen				mtl.	€
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung				mtl.	€
Rente von	<input type="checkbox"/> Deutschen Rentenversicherung, ehemals LVA, BfA, BVA, Bundesknappschaft, Seekasse			mtl.	€
	<input type="checkbox"/> Sonstige: Name, Anschrift des Rentenversicherungsträgers				
Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft				mtl.	€
Sonstige Einkünfte (z.B. Krankengeld)	Art der Einkunft			mtl.	€
Leistungen des Jobcenters:	Bezeichnung	Az.		mtl.	€

Schulden der/des Unterhaltspflichtigen					
Höhe					€
Grund für die Schulden					
Handelt es sich hierbei um gemeinsame Schulden von Ihnen und der/dem Unterhaltspflichtigen?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> teilweise			
Vereinbarung über Schuldentilgung		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		▶ bitte Nachweis beifügen	
Laufende Pfändungen		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von		mtl.	€

Vermögen der/des Unterhaltspflichtigen			▶ sofern bekannt, näher bezeichnen und (Verkehrs-)Wert angeben
Grundvermögen			€
Wohnungseigentum			€
Bausparguthaben			€
Lebensversicherung			€
Bankguthaben/Depot			€
Sonstiges			€

Erklärung

Die Unterhaltsvorschussstelle wird von mir unverzüglich unterrichtet, wenn

- ➔ der alleinerziehende Elternteil heiratet, auch wenn der Ehegatte nicht der Elternteil des Kindes ist,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil zusammen zieht,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil eine eingetragene Lebenspartnerschaft nach § 1 Abs.1 LPartG begründet,
- ➔ das Kind nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfang beim alleinerziehenden Elternteil lebt,
- ➔ das Kind oder der alleinerziehende Elternteil umzieht oder beide gemeinsam umziehen (auch ins Ausland),
- ➔ sich der Betreuungsumfang des Kindes durch den anderen Elternteil nicht nur geringfügig erhöht,
- ➔ ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- ➔ der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt wird,
- ➔ die Vaterschaft zu dem Kind festgestellt ist,
- ➔ der andere Elternteil durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltspflicht freigestellt wird,
- ➔ der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird,
- ➔ für das Kind ein Unterhaltstitel geschaffen wurde,
- ➔ der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- ➔ der andere Elternteil den freiwilligen Wehrdienst ableisten wird,
- ➔ für das Kind Halbwaisenrente beantragt oder gewährt wird,
- ➔ das anspruchsberechtigte Kind oder der andere Elternteil verstorben ist,
- ➔ für das Kind kein Kindergeld mehr gezahlt wird,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht,
- ➔ das Kind eine Berufsausbildung beginnt,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und Änderungen beim Einkommen und Vermögen des Kindes eintreten.

In Kenntnis, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von entscheidungserheblichen Tatsachen strafrechtlich verfolgt oder mit Bußgeld geahndet werden können und zu Unrecht empfangene Unterhaltsvorschussleistungen ersetzt bzw. erstattet werden müssen, wird versichert, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind.

Die für die Auszahlung der Leistungen nach dem UVG erforderlichen Daten werden auf Datenträger gespeichert. Mit einer Übermittlung der Angaben an die Stellen, die sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben benötigen, erkläre ich mich einverstanden.

Das Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz und die Mitteilungspflichten habe ich gelesen und verstanden.

Bitte kontrollieren Sie nochmals, ob der Antragsvordruck und der Fragebogen vollständig ausgefüllt sowie alle erforderlichen Unterlagen beigelegt sind.

18

Ort, Datum

Unterschrift

Erläuterungen zu Nummer 10

Um eine allgemeinbildende Schule in Bayern handelt es sich u.a. bei folgenden Schulen:

- ➔ Mittelschule
- ➔ Realschule
- ➔ Wirtschaftsschule
- ➔ Schulen des Zweiten Bildungsweges (z.B. Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg)
- ➔ Gymnasium
- ➔ Fachoberschule
- ➔ Berufsoberschule
- ➔ Allgemeinbildende Förderschulen

Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

- Wesentliche Inhalte und wichtige Informationen -

1. Wer hat Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Berechtigt nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist das Kind. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen müssen deshalb in der Person des Kindes erfüllt sein. Ein Kind hat **Anspruch, wenn es**

- a) das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat **und**
- b) im Bundesgebiet bei einem seiner Elternteile lebt,
 - der ledig, verwitwet oder geschieden ist **oder**
 - der von seinem Ehegatten/Lebenspartner dauernd getrennt lebt **und**
- c) nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt vom anderen Elternteil oder - wenn der Elternteil oder ein Stiefelternteil verstorben ist – keine Waisenbezüge in der in Nr. 3 genannten Höhe erhält **und**
- d) im Alter von zwölf bis siebzehn Jahren entweder keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bezieht **oder**
durch die Unterhaltsvorschussleistung Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann **oder**
der alleinerziehende Elternteil über Einkommen von mindestens 600 Euro brutto verfügt.

Nicht freizügigkeitsberechtigte Ausländer haben grundsätzlich nur einen Anspruch, wenn das anspruchsberechtigte Kind oder der alleinstehende Elternteil im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Aufenthaltserlaubnis, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, ist.

2. Wann besteht **kei**n Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Der Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist u.a. ausgeschlossen, wenn

- beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben (unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht) **oder**
- der alleinerziehende Elternteil mit einem Dritten verheiratet ist **oder**
- der alleinerziehende Elternteil in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt **oder**
- das Kind seinen Lebensmittelpunkt bei beiden Elternteilen hat **oder**
- das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich in einem Heim/Internat oder in einer Pflegestelle (Tag und Nacht) befindet **oder**
- der Elternteil, bei dem das Kind lebt, sich weigert, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie die verlangten Nachweise vorzulegen **oder**
- die Mutter nicht mit dem Vater verheiratet ist und bei der Feststellung der Vaterschaft nicht mitwirkt **oder**
- der andere Elternteil die Unterhaltungspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat **oder**
- der andere Elternteil durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltungspflicht freigestellt ist **oder**
- z. B. von zwei gemeinsamen Kindern je eines bei einem der Elternteile lebt und der jeweilige Elternteil für den Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes aufkommt **oder**
- der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt ist.

3. Wie hoch sind die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Die Leistungshöhe nach dem UVG richtet sich nach dem gesetzlichen Mindestunterhalt im Sinn des § 1612a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1, 2 oder 3 BGB. Er beträgt ab 01.01.2019 für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres 354 € monatlich (erste Altersstufe), für Kinder vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres 406 € monatlich (zweite Altersstufe) und für Kinder vom 13. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 476 € (dritte Altersstufe). Vom Mindestunterhalt in der jeweiligen Altersstufe wird grundsätzlich das für ein erstes Kind zu zahlende Kindergeld (derzeit monatlich 194 €) abgezogen.

Damit ergeben sich ab 01.01.2019 in der Regel folgende monatliche Leistungsbeträge nach dem UVG:

- in der **ersten Altersstufe** (Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres) **160 €**
- in der **zweiten Altersstufe** (Kinder vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres) **212 €**
- in der **dritten Altersstufe** (Kinder vom 13. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres) **282 €**

Die monatlichen Leistungsbeträge nach dem UVG ändern sich ab 01.07.2019 aufgrund der Erhöhung des Kindergeldes.

Auf diese Unterhaltsleistung werden **angerechnet**:

- eingehende Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils,
- Waisenbezüge, die das Kind nach dem Tod des anderen Elternteils bzw. des Stiefelternteils erhält,
- Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz bei Grundwehrdienst oder Zivildienst des Vaters des Kindes,
- Einkünfte des Vermögens und der Ertrag der zumutbaren Arbeit des Kindes, sofern keine allgemeinbildende Schule besucht wird.

Liegen die Anspruchsvoraussetzungen nur für einen Teil eines Monats vor, wird die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz anteilig gezahlt. Unterhaltsleistungen von monatlich unter 5 € werden nicht gezahlt.

4. Für welchen Zeitraum werden die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt?

Der Unterhaltsvorschuss wird längstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs des Kindes gezahlt.

Die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz können auch rückwirkend für den Kalendermonat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden, soweit die in Nr. 1 genannten Voraussetzungen bereits in dieser Zeit erfüllt waren **und** es nicht an zumutbaren Bemühungen des Kindes gefehlt hat, den unterhaltspflichtigen anderen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen.

5. Was muss man tun, um die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu bekommen?

Die Leistungen werden nur auf **schriftlichen Antrag** gewährt. Antragsberechtigt sind der alleinerziehende Elternteil oder der gesetzliche Vertreter des Kindes. Der Antrag ist bei der UV-Stelle (im Regelfall im Jugendamt), in dessen Bereich (Stadt oder Landkreis) der alleinerziehende Elternteil seinen Hauptwohnsitz hat, einzureichen.

6. Welche Unterlagen sollten Sie bei der Antragstellung unbedingt mitbringen? (soweit zutreffend - in Kopie)

- Geburtsurkunde des Kindes, Meldebestätigung/-registerauskunft des Alleinerziehenden und des Kindes,
- Personalausweis oder Reisepass; ausländische Staatsangehörige zusätzlich: gültiger Aufenthaltstitel,
- Vaterschaftsanerkennung (Urkunde oder Urteil), Sorgerechtsentscheidung/-erklärung, Freistellungsvereinbarung,
- Scheidungsurteil oder Nachweis über den Trennungszeitpunkt (z.B. Bestätigung Ihres Rechtsanwalts),
- Unterhaltstitel (z.B. Urkunde, Gerichtsbeschluss) oder Nachweis der Antragszustellung auf Unterhaltsfestsetzung,
- (Mahn)Schreiben im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Unterhaltsforderungen des Kindes,
- Bewilligungs-/Einstellungsbescheide über Leistungen nach dem UVG anderer Unterhaltsvorschusskassen,
- ggf. Nachweise für die Unterbringung des anderen Elternteils für längere Zeit in einer Anstalt,
- ggf. Sterbeurkunde des unterhaltspflichtigen Elternteils und Nachweis über Waisenbezüge für das Kind,
- ggf. zuletzt bekanntgegebenen, vollständigen Bescheid des Jobcenters,
- ggf. Lohn- und Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers bzw. Einkunftsnachweise für sonstiges Einkommen des Kindes, wenn keine allgemeinbildende Schule besucht wird.

7. Datenschutzrechtliche Information

Kontoauszüge müssen grundsätzlich nicht als Nachweis eingereicht werden.

Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen bei Ausgaben (nicht jedoch bei Einnahmen) Verwendungszweck und Empfänger einer Überweisung (nicht aber deren Höhe) geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten (§ 67 Abs. 12 SGB X) handelt.

Dies sind Angaben über:

- die **rassische und ethnische Herkunft**,
- die **politische Meinungen**
- die **religiöse oder philosophische Überzeugungen**
- die **Gewerkschaftszugehörigkeit**
- die **Gesundheit oder das Sexualleben**.

Im Zusammenhang mit den geltenden Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) wird auf die Ausführungen zum Datenschutz im **Informationsblatt „Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO“** verwiesen.

8. Welche Pflichten haben der alleinstehende Elternteil oder der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für das Kind beantragt haben oder erhalten?

Nach Antragstellung sind alle **Änderungen**, die für die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz von Bedeutung sind, **unverzüglich der Unterhaltsvorschussstelle anzuzeigen**. Dies gilt **insbesondere, wenn**

- der alleinerziehende Elternteil heiratet, auch wenn der Ehegatte nicht der Elternteil des Kindes ist,
- der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil zusammen zieht,
- der alleinerziehende Elternteil eine eingetragene Lebenspartnerschaft nach § 1 Abs.1 LPartG begründet,
- das Kind nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfang beim alleinerziehenden Elternteil lebt,
- das Kind oder der alleinerziehende Elternteil umzieht oder beide gemeinsam umziehen (auch ins Ausland),
- sich der Betreuungsumfang des Kindes durch den anderen Elternteil nicht nur geringfügig erhöht,
- ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt ist,
- die Vaterschaft zu dem Kind festgestellt ist,
- der andere Elternteil durch gerichtlichen/außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltungspflicht freigestellt wird,
- der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird,
- für das Kind ein Unterhaltstitel geschaffen wurde,
- der bisher unbekannte Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- der andere Elternteil den freiwilligen Wehrdienst ableisten wird,
- für das Kind Halbwaisenrente beantragt oder gewährt wird,
- der andere Elternteil oder das anspruchsberechtigte Kind verstorben ist,
- für das Kind kein Kindergeld mehr gezahlt wird,
- das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht,
- das Kind eine Berufsausbildung beginnt,
- das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und Änderungen beim Einkommen und Vermögen des Kindes eintreten.

Die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung vorgenannter Anzeigepflichten stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann strafrechtlich verfolgt oder mit Bußgeld geahndet werden.

9. In welchen Fällen muss die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zurückgezahlt werden?

- Zu Unrecht gezahlte Leistungen nach dem UVG müssen ersetzt oder zurückgezahlt werden, wenn
- bei der Antragstellung vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben gemacht wurden **oder**
 - nach Antragstellung die Anzeigepflichten nach Nummer 8 verletzt worden sind **oder**
 - das Kind nach Antragstellung Einkommen erzielt, das bei der Berechnung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz angerechnet werden müsste.

Die Leistungen nach dem UVG sind insbesondere dann zu ersetzen, wenn im Rahmen der Antragstellung nicht alle als möglicher Vater in Betracht kommenden Personen benannt werden.

10. Wirken sich die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auf andere Sozialleistungen aus?

Die Leistungen nach dem UVG gehören zu den Einkünften, die den Lebensunterhalt des Kindes decken sollen. Sie werden deshalb z. B. bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und auf das Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als Einkommen des Kindes angerechnet.

11. Übergang der Unterhaltsansprüche

Werden einem Kind Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt, gehen in Höhe dieser Leistungen seine Unterhaltsansprüche gegen den anderen Elternteil und die Ansprüche auf entsprechende Waisenbezüge auf den Freistaat Bayern über. Der unterhaltspflichtige Elternteil wird zur Rückzahlung der vorschussweise gewährten Unterhaltsvorschussleistungen aufgefordert.

12. Wer hilft, wenn das Kind weitergehende Unterhaltsansprüche hat?

Wenn weitergehende Unterhaltsansprüche des Kindes gegen den anderen Elternteil geltend gemacht werden sollen, berät und unterstützt Sie das zuständige Jugendamt gerne.

Informationspflichten zur Umsetzung der der datenschutzrechtlichen Vorgaben

gem. Art. 13 & 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Im Rahmen der Informationspflichten teilen wir Ihnen mit, wie wir Ihre Daten verarbeiten.

Präambel

Der Verantwortliche ist gem. Art. 12 Abs. 1 DSGVO verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die betroffenen Personen alle Informationen gem. Art. 13, 14 und alle Mitteilungen gem. den Art. 15 bis 22 und Art. 34 DSGVO, die sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten beziehen, in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache zu übermitteln. Die Kommunikation zwischen Ihnen und der Stadt Ansbach erfolgt in schriftlicher, mündlicher oder elektronischer Form.

Vollzug des Art. 13 & 14 DSGVO

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die

Stadt Ansbach

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel und die jeweilige Fachabteilung

Johann-Sebastian-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Tel. 0981-51-0 (Vermittlung)

Fax 0981-51-303 (Sammelfax)

e-mail: stadt@ansbach.de

Kontakt Daten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Stadt Ansbach

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Johann-Sebastian-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Tel. 0981-51-209

Fax 0981-51-303 (Sammelfax)

e-mail: datenschutz@ansbach.de

Aufsichtsbehörde

Bayer. Landesbeauftragte für den Datenschutz

Postfach 22 12 19

80502 München

Tel. 089-212672-0

e-mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), den Fachgesetzen und dem Bayerischen Datenschutz (BayDSG-E 2018).

Jeder Datenverarbeitungsvorgang erfordert eine Rechtsgrundlage und muss zweckgebunden sein. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 Buchst. e und Abs. 3 DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG-E 2018. Die Stadt Ansbach unterliegt der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von personenbezogener Daten und der Nachweispflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Aufsichtsbehörde (Art. 5 DSGVO). Sollte für einen Datenverarbeitungsvorgang keine Rechtsgrundlage vorhanden sein, werden Sie von uns gebeten, diese Angaben per freiwilliger Einwilligung anzugeben (Art. 7 DSGVO). Sie können Ihre Einwilligung ohne Begründung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe. Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem Verfahren verarbeitet, für den sie erhoben wurden.

Nur in gesetzlich ausdrücklich zugelassen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten.

Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung Art. 6 Abs. 1 Buchst. a & Art. 7 DSGVO

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft und ohne Begründung widerrufen.

Art der personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 1 DSGVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur für den Zweck, für den wir diese erhoben haben (Art. 6 Abs. 1 DSGVO). Ihre Daten werden an Dritte weitergeleitet, wenn die Stadt Ansbach hierzu gesetzlich in den Bundes- oder Landesgesetzen verpflichtet ist (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c i. V. m. Abs. 3 DSGVO).

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der Daten

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ergeben sich aus den Fachgesetzen (Bund-Land-Gesetzgebung) und aus Unionsrecht (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c i. V. m. Abs. 3 DSGVO).

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Verarbeitung bei der Stadt Ansbach so lange gespeichert, wie dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Darüber hinaus verarbeiten (speichern) wir personenbezogene Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen nach verschiedenen Fachgesetzen, z. B. Kommunale Haushaltsverordnung, Aufbewahrungsfrist 10 Jahre und anschließend nach Prüfung des Archivgesetzes gelöscht.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen die nachfolgenden Rechte zu:

- Sie haben das Recht auf Auskunft über Ihre bei der Stadt Ansbach gespeicherte Daten (Art. 15 DSGVO).
- Sie haben das Recht auf Berichtigung Ihrer Daten bei der Stadt Ansbach, sollten sie unvollständig oder unrichtig sein (Art. 16 DSGVO).
- Sie haben das Recht auf Löschung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen (Art. 17 DSGVO).
- Sie haben das Recht auf die Einschränkung der Verarbeitung, wenn es nachgewiesen ist, dass Ihre Daten nicht der Richtigkeit entsprechen (Art. 18 DSGVO)
- Sie haben das Recht auf Widerspruch, sofern die Verarbeitung Ihrer Daten auf eine Einwilligung beruht (Art. 21 DSGVO, Art. 7 DSGVO). Der Widerspruch gilt anschließend für die Zukunft.
- Jeder betroffenen Person steht ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, daß eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind (Art. 77 DSGVO).

Wenn Sie den Antrag auf eines der o. g. Betroffenenrechte bei der Stadt Ansbach stellen, prüfen wir, ob ein Betroffenenrecht in Ihrem Fall vorliegt und teilen Ihnen dies mit.

Hierfür benötigen wir einen Identifikationsnachweis. Damit können Anträge per e-mail, Fax usw. nicht bearbeitet werden.

Wir bitten, hierfür um Verständnis.
Stadt Ansbach